

Beschluss des Landrats vom 30.10.2025

Nr. 1391

26. Gemeinden entlasten: Handlungsspielräume nutzen

2025/27; Protokoll: pw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) sagt, der Regierungsrat sei bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Dario Rigo (Die Mitte) hat es fast etwas beruhigt, dass der Regierungsrat offensichtlich die finanzielle Situation der Gemeinden weniger negativ darstelle als er selber. Viele Gemeinden hätten zwar rote Zahlen budgetiert, aber das müsse noch gar nichts heissen – so heisst es in der Stellungnahme –, da es sich erstmal um ein Budget handelt. Tatsächlich zeichnen sich in einigen Gemeinden bessere Zahlen ab als budgetiert. Der Regierungsrat gibt sich also ganz entspannt – zumindest, wenn es um die Finanzen der Gemeinden geht. Ganz anders ging der Regierungsrat vor, als schon nur die Möglichkeit bestand, dass die eigenen Finanzen aus dem Lot geraten könnten. Er hat zum Zeitpunkt, als die roten Zahlen erst budgetiert waren, ein Effizienzprogramm mit Vorgaben für alle Direktionen verabschiedet. Jeder Stein wurde umgedreht. Mit viel Engagement und Kreativität konnte die Verwaltung die Effizienz mit kleinen und grossen Massnahmen steigern. Der vorhandene Handlungsspielraum wurde genutzt, und der Landrat wurde in die Schranken gewiesen, weil rund 80 % der Massnahmen in der alleinigen Kompetenz des Regierungsrats oder der Dienststellen sind. In vielen Fällen hat eine einfache Praxisänderung gereicht oder es musste nur eine Richtlinie oder eine Wegleitung angepasst werden. Der Landrat hat gesehen, dass solche Effizienzmassnahmen nicht im Landratssaal entstehen, indem ein neues Gesetz gemacht oder ein Paragraf geändert wird. Sie entstehen mit der nötigen Sachnähe, mit viel Detailarbeit direkt in der Verwaltung. Es ist die ständige Überprüfung von Verordnungen, Wegleitungen, Leitfäden und Merkblättern, die dazu führt, dass man mit weniger mehr erreichen kann, auch zugunsten der Gemeinden. Es entsteht aber jetzt der Eindruck, dass man bei der eigenen Entlastung ganz schnell und ganz kreativ wird und auch von unpopulären Massnahmen nicht zurückschreckt. Wenn es aber um den Einfluss von Verordnungen, Weisungen und Wegleitungen auf die Gemeinden geht, dann will man doch lieber zuerst eine Kommission einsetzen, die berichten soll. Der Vorstoss möchte deshalb, dass der Regierungsrat den gleichen Mut und die gleiche Energie hat, auf die Effizienz zu schauen, auch wenn es nur um Gemeinden geht. Dario Rigo ist gerne bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Aber dies nicht im Sinne von Prüfen und Berichten, sondern im Sinne eines Handlungspostulats. Der Regierungsrat soll dazu eingeladen werden, in seinem eigenen Kompetenzbereich zu handeln und dann in einem Jahr aufzuzeigen und zu beziffern, was er erreicht hat.

Jacqueline Wunderer (SVP) glaubt, der Motionär habe die Antwort des Regierungsrats nicht richtig verstanden. Der Regierungsrat hat den Vorstoss nicht kritisiert, sondern lediglich dargelegt, dass dieser zu offen formuliert sei, um ihn als Motion zu behandeln. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Regierungsrats und wird ein Postulat unterstützen.

Roger Boerlin (SP) ist froh, dass Dario Rigo die Motion in ein Postulat umgewandelt hat. Das Postulat ist nicht ganz falsch. Richtig ist, dass viele Gemeinden rote Zahlen schreiben, auch wenn sie nicht bei allen gleich rot sind. Diese Zahlen sind aufgrund der demografischen Entwicklung vor allem durch die Altersversorgung und die Gesundheit bedingt. Hier hat sich der Mehraufwand für einige Gemeinden drastisch erhöht. Der Vorstoss zeigt kein Handlungsfeld auf, weshalb auch die SP-Fraktion eine Motion nicht unterstützt hätte. Die Hälfte der Fraktion wird aber ein Postulat un-

terstützen. Roger Boerlin ist jedoch nicht ganz klar, wo der Kanton den Gemeinden wirklich entgegenkommen kann, um sie finanziell zu entlasten.

Alain Bai (FDP) kann dem Gesagten zumeist beipflichten. Es besteht wohl Einigkeit, dass es nicht primär Sache des Kantons ist, die Gemeinden rasch und spürbar zu entlasten. Entsprechend wäre eine Motion die falsche Vorstossform. Die FDP-Fraktion geht damit einig, dass nicht nur der Kanton vor finanziellen Herausforderungen steht, sondern auch die Gemeinden – dies insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung. Die FDP-Fraktion glaubt, dass es kein «Kanton gegen Gemeinden» geben sollte, sondern dass der Kanton gemeinsam mit den Gemeinden nach Lösungen suchen sollte. Es ist der richtige Weg, wenn der Regierungsrat dazu bereit ist – wie es in der Stellungnahme steht –, im Rahmen der Konsultativkommission «Aufgabenteilung und Finanzausgleich» (KKAF) den Prozess zu initialisieren, bei dem gemeinsam geschaut werden kann, wo Handlungsspielraum besteht und welche Massnahmen umgesetzt werden können. Die FDP-Fraktion folgt dem Regierungsrat und ist für eine Überweisung als Postulat.

Marco Agostini (Grüne) dankt für die Umwandlung in ein Postulat. Wer wie viel zahlen und haben muss – Kanton und Gemeinden –, sei ein Dauerthema in der Finanzkommission und werde es wohl bleiben. Derzeit liegt eine Initiative zum Ausgleich zwischen den Gemeinden vor, zudem gibt es vielleicht Initiativen zu den Ausschüttungen von SNB und BLKB. Ein gründliches Prüfen im Rahmen eines Postulats ist sinnvoll. Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze das Postulat. Eine Auslegungsordnung ist sinnvoll. Es gibt Handlungsfelder. Es wäre jedoch schade, wenn es am Ende ein Papiertiger bleiben würde.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für den interessanten Vorstoss. Es handelt sich – wie Marco Agostini bereits erwähnt hatte – um ein Dauerthema, um ein Standard Operating Procedure. Mit dem Vorstoss werden somit offene Türen eingerannt. Die Gesamtzusammenhänge sind jedoch komplex, weshalb Regierungspräsident Anton Lauber froh ist über die Umwandlung in ein Postulat, das am Ende aber kein Papiertiger sein soll. Fakt ist, dass sowohl der Kanton, vor allem mit Blick auf die Zukunft, als auch viele Gemeinden finanziell unter Druck stehen. Die 86 Gemeinden sind sehr unterschiedlich und es ist sehr schwierig, dass der Kanton gemeinsam mit den 86 Gemeinden eine Lösung finden kann, die für alle stimmt. Die Aufgabenteilung ist in der KKAF ein entscheidendes Diskussionsthema. Aber der Kanton diskutiert nicht nur mit den Gemeinden, sondern auch mit dem Bund – und auch dort zeigt sich: Die Aufgabenteilung allein macht die ganze Sache nicht günstiger. Vielmehr werden die Aufgaben einfach von einer zur anderen Staatsebene verschoben. Zudem wachsen viele Kosten – dies insbesondere im Bereich Bildung und Gesundheit – aufgrund der demografischen Entwicklung und nicht aufgrund der Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden.

Im Vorstoss geht es um Handlungsspielräume. In diesem Zusammenhang ist wichtig, nicht nur mit dem Regierungsrat zu sprechen, sondern auch mit dem Landrat. Derzeit werden die Kostenblöcke überprüft und auch schon in der KKAF diskutiert. Wo haben sich zum Beispiel in der Bildung die Kosten entwickelt und wie sind im Verhältnis dazu die Erträge der Gemeinden gestiegen? Zudem wurde analysiert, was beispielsweise der Haupttreiber der Kostenentwicklung in der Bildung ist – undwo der Regierungsrat und wo der Landrat mitentschieden haben. Wenn es um Handlungsspielräume geht, kommt man auch um eine Diskussion zur Überregulierung nicht herum. Muss alles überall in diesem Ausmass, in dieser Menge, mit dieser Qualität produziert und angeboten werden? Die Gemeinden monieren vielfach an die Adresse des Kantons, dass sie zu wenig Handlungsspielräume hätten, um sich finanziell entlasten zu können, weil alles vom Kanton, von oben nach unten, bis ins Detail befohlen werde. Regierungsratspräsident Anton Lauber sagt dazu

«Jein». Die Politik entscheidet, also der Kanton, der Landrat und am Schluss die Bevölkerung. Im Bildungsbereich ist unbestrittenermassen sehr viel vorgeschrieben, ebenso im Sozialbereich und in der Altersthematik – insbesondere *puncto* Quantität und Qualität. Dabei handelt es sich jedoch um politisch gewollte Zielsetzungen, weil man keinen Flickenteppich über den ganzen Kanton möchte, wenn es 86 Gemeinden unterschiedlich machen würden. Nichtsdestotrotz ist der Preis am Schluss meistens Menge mal Qualität.

Es lohnt sich, genau anzuschauen, ob es Handlungsspielräume geben könnte, die man den Gemeinden geben beziehungsweise wo man Unterschiede zulassen könnte. Das Postulat wird gerne entgegengenommen, die Beantwortung wird jedoch einige Zeit beanspruchen. Wahrscheinlich wird eine externe Begleitung nötig werden. Zentral ist ferner die Gemeindeautonomie, weshalb dies in Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfolgen soll. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) stellt fest, der Vorstoss sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Mit 77:2 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
